

# Aufwärts

**Christliches Tageblatt**  
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,  
„Kindergabe“ und „Unter Kiel.“

**Bezugspreis:**  
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und  
0.35 Vierteljahrs, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis  
Ausland unter Streifenband 1.25 (inkl. Postgeb.). Preis der  
Einzelnummer 10 Pf. Postkontennummer Hannover 97 977.

**Anzeigenpreis:**  
Die einseitige Zeile mit 10 Zeilen oder deren Raum 10 Pfennig.  
Kleinere Anzeigen unter 10 Pf. nach Ueberein-  
stimmung. Bei Abnahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-  
konto Hannover 97 977.

Nr. 281.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 2. Dezember 1931.

13. Jahrgang.

Jeder bilde sich zum Reinen,  
Dann wird die Menschheit sich vereinen.  
Wahr ist alles Gleichgedachte,  
Unsinn alles Gleichgemachte.  
Tor, wer sagt, sei du wie ich.  
Tyrannie wird's sicherlich.

Reinwald.

## Sächsische Streiflichter.

Dresden, November 31.

Das Volksbegehren auf Landtagsauflösung wird in Sachsen in der Zeit vom 2. bis 15. Dezember durchgeführt werden. Der Kreis der Parteien, die sich zur Stimmabgabe dafür entschlossen haben, hat sich nunmehr erweitert. Neben den Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen wird auch die Wirtschaftspartei das gefährliche Experiment ungeachtet der überaus hohen Kosten, die dem Land und dem Steuerzahler daraus erwachsen, mitmachen. Sie hat ihre Teilnahme zwar davon abhängig gemacht, daß vorher ein erneuter Versuch zur Bildung einer nationalen Regierung unter Einfluß der Nationalsozialisten gemacht werde. Scheitert dieser Versuch, so unterläßt sie das Volksbegehren. Das ist eine billige Rechnung. Denn jeder Versuch, eine solche nationale Regierung in Sachsen zu bilden, wird unter allen Umständen scheitern. Das beweisen alle Bemühungen, die in dieser Richtung wiederholt gemacht worden sind; die Auffassung der maßgebenden Parteien hat sich in keiner Weise geändert, und die Demokraten und Jungdeutschen, die den Ausschlag geben, stellen sich einer Wiederholung des Thüringer Beispiels in Sachsen mit größter Hartnäckigkeit entgegen. So ist die Bedingung, die die Wirtschaftspartei für ihre Teilnahme am Volksbegehren stellt, ohne weiteres schon heute erfüllt. Wie zerrissen im übrigen das sächsische Parlament sich gibt, und wie uneinheitlich gerade der Teil der Parteien ist, die ein nationales Sachsen erstreben und in den Vordergrund rücken, dafür hat die soeben erfolgte Neuwahl des Landtagspräsidiums erneut den besten Beweis geliefert. Durch die Haltung der Nationalsozialisten, die unter allen Umständen nur einem nationalsozialistischen Präsidenten ihre Stimme geben wollten, statt sich mit den übrigen bürgerlichen Parteien wenigstens auf einen bürgerlichen Präsidenten zu einigen, ist wieder der frühere Sozialdemokrat gewählt worden. Die sächsische Sozialdemokratie behauptet auf diese Weise, ungeachtet der Tatsache, daß sie die stärkste Partei des Landes ist, in einem fort einen der wichtigsten Posten im parlamentarischen Leben. Wenn schon bei dieser Präsidentenwahl die politischen Leidenschaften aufkamen, so wird es leider bei dem neuerlichen Versuch, eine Regierung zu bilden, noch weit schlimmer werden. Er wird als Vorspiel des allzulebendigen Kampfes um das Volksbegehren bzw. den Volksentscheid zu werten sein und ist schon in diesem Sinne nicht weniger verwerflich als das Volksbegehren und der Volksentscheid selbst. Die Aussichten für dieses letztere werden durch die Teilnahme der Wirtschaftspartei etwas erhöht, aber es bleiben im Verhältnis zur letzten Reichstagswahl immer noch fast eine halbe Million Stimmen übrig, die hinzugewonnen werden müssen.

Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Kommunisten, das in der Öffentlichkeit dadurch größeres Interesse gewonnen hat, daß angeblich die gesamte Linke sich im Notfall zur Abwehr des Nationalsozialismus zusammenschließen werde, erhält eine aufschlußreiche Beleuchtung durch die Stellungnahme der sächsischen Sozialdemokratie. Wenn irgendwo ein Zusammenschluß möglich wäre, so müßte das ja in erster Linie in Sachsen der Fall sein, wo die Vergangenheit eine enge Ideengemeinschaft der beiden Linksparteien aufwies. Die sächsische Sozialdemokratie antwortet nun zwischen einem automatischen Zusammenstehen und einem bestimmten Gelegentlichkeiten und einem wirklichen gesinnungsmäßigen Zusammenschluß. Das erste hält sie für möglich, über das zweite wagt sie kein Urteil abzugeben, bzw. hält sie die kommunistische Partei, wie sie heute ist, nicht für zusammenfassungsfähig. Eines ihrer Hauptorgane schreibt: „Entwickelt sich die SPD. weiter zu einer, sagen wir, gesetzmäßigeren Anwendung der demokratischen Rechte und einer vernünftigeren Verwendung der demokratischen Waffen, so kann sich

daraus eine wesentliche Entspannung zwischen uns und den Kommunisten ergeben.“ Diese Entspannung wünschen die Sozialdemokraten vor allem auch deshalb, um die Krise, in der sich ihre Parteijugend befindet, zu beheben. Diese Krise sei hier besonders hervorgehoben. Die Jugend ist es in der Tat, die in Sachsen einen ganz besonderen Charakter annimmt und den schwersten Schaden durch die radikale Propaganda erleidet. Ein bedeutender Teil ist bereits ein gutes Stück nach links gerissen worden und steht — wenigstens der inneren Gefinnung nach — vielleicht schon näher an der KPD, als an der SPD. Schuld an dieser Entwicklung haben nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten selbst, die der Jugend keinen Schwung und keinen Halt zu geben vermochten. Hierzu aber kommt die verhängnisvolle Art der Propaganda auf der Rechten, die sich immer mehr, genau wie die Linkspartei, in einer geistigen Radikalisierung der Gesamtsituation auswirkt. Die größten Leidtragenden dabei sind die Jugendlichen, weil sie am empfänglichsten sind. Der Zeitpunkt ist nunmehr gekommen, und in diesem Sinne geht Sachsen den anderen Ländern wegweisend voran, daß die gesamte Jugend des unbedingten Schutzes des Staates teilhaftig werden muß. Ein Aufschub ist nicht mehr möglich. Vielleicht wäre das der geeignetste Anfang dazu, die Zusammenballung der Heerlager auf der Rechten und Linken und ihre gegenseitige drohende Kampfstellung früh genug unmöglich zu machen.

Der deutsche Freidenkerverband ist in Sachsen dazu übergegangen, eine Zählung der Kirchenbesucher vorzunehmen, um so seinen Anhängern mit möglichst geringen Zahlen, wie sie von vornherein ein von vielen liberalen Strömungen durchsetztes Land erbringen muß, den Fortschritt der freidenkerischen Bewegung aufzuzeigen. So wurde z. B. eine Zählung der Kirchenbesucher in Dresden vorgenommen und errechnet, daß für das ganze städtische Gebiet der Anteil der Besucher, gemessen an der Gesamtbevölkerung, nur 2,2 Prozent betrage. Selbst die Teilnahme der Bevölkerung an den Abendmahls- handlungen wird mit in den Kreis der Erörterungen gezogen. Man erklärt, daß z. B. für die Landeshauptstadt bei genauer Berechnung auf Grund der kirchlichen Statistiken ebenfalls nur eine 2- bis 3-prozentige Durchschnittsteilnahme der Bevölkerung in Frage komme. Wie willkürlich und irreführend solche Zahlen sind, geht am besten daraus hervor, daß einfach die kirchlichen Besuchs- vorchriften für die Katholiken auch auf die Protestanten übertragen werden. Ohne zu berücksichtigen, daß nicht einmal 4 Prozent Katholiken unter den 5 Millionen Bewohnern Sachsens leben und daß der Protestant nicht an den sonntäglichen Kirchenbesuch gebunden ist, werden die willkürlichen Zählungen (vielleicht an einem einzigen Sonntag) ganz allgemein zum Maßstab für das kirchliche Leben der Bevölkerung schlechthin genommen. Wir weisen darauf hin, weil die Gefahr besteht, daß mit solchen Zahlen im übrigen Deutschland Propaganda getrieben wird.

## Gegen die Betriebseinstellungsfeuche Siegerländer Eisensteingruben.

Das „sterbende Siegerland“ nimmt den Kampf um seine Existenz auf.

Im Freigrund, dem südlichsten Teil des Siegerlandes, der die bedeutendsten Eisenerzgruben des ganzen Siegerländer Eisenerzgebietes hat, ist seit einiger Zeit eine Bewegung im Gange, die sich gegen die sinnlosen Betriebseinschränkungen und -einstellungen richtet. Im Freigrund, oder wie dieser Teil des Siegerlandes in früherer Zeit hieß, im „Land der freien Männer“, will man sich nicht kampflos in das Schicksal ergeben. Unter der Führung des Gewerkes Reiffenrath, der schon im Februar dieses Jahres eine Denkschrift ausarbeitete, in den Zeitungen veröffentlichte und an alle Reichs- und Landtagsabgeordneten und Regierungsstellen leitete, hat jetzt die Gemeinde Reunkirchen, die im Zentrum des Grubengebietes liegt, den Kampf gegen die andauernden Betriebseinschränkungen mit Unterstützung des Amts- bürgermeisters aufgenommen. Mit aller Schärfe und mit allen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln soll gegen die Einschränkungsmaßnahmen Sturm gelaufen werden, um die Bevölkerung von einem gräßlichen Schicksal, vor unsäglicher Armut zu bewahren. Von den vielen Gruben, die durch vergangene Jahrzehnte hindurch unter den Händen fleißiger und seckhafter Gewerke den Wohlstand des Freigrundes hoben, sind nur noch ein paar übrig geblieben, die von Zeit zu Zeit — nur für Wochen und Monate — in Betrieb gehalten wur-

den. Wenn man bedenkt, daß von den rund 130 Gewerkschaften, die um die Jahrhundertwende im Freigrund (Bergrevier Burbach) bestanden und zum großen Teil durch Aufschlußarbeiten und Abbau Arbeit verschafften, heute nur noch zwei, drei Gruben dauernd in Betrieb sind (von vorübergehenden Stilllegungen abgesehen) dann kann man es verstehen, wenn sich die Bevölkerung endlich auflehnen will gegen das Schicksal, das dem Siegerlande droht. Kleine Gewerke haben dem Siegerlande eine Existenzgrundlage auf Jahrhunderte hinaus geschaffen und das Volk der Bergleute kann sich nicht davor finden, daß diese Grundlage heute nicht mehr realisierbar sein soll, um so mehr nicht, als der Bedarf an Eisen- erzen trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise immer noch erheblich größer ist, als das gesamte Siegerland überhaupt fördern kann. Nachdem jetzt bekannt wurde, daß die Grube Freier Grunder Bergwerksverein im Konzern der Vereinigten Stahlwerke zum 1. Januar 1932 den Betrieb einstellen soll, hat sich die Gemeinde Reunkirchen entschlossen, die Initiative zu ergreifen und ihrerseits alles mögliche zu tun, um Einhalt zu gebieten. Diese Grube war die letzte im Freigrund, die noch „dauernd“ in Betrieb war. Die Not der Bevölkerung muß ins Unerblichkeits wachsen, wenn diese letzte Erwerbsquelle verschlossen wird, zumal auch die benachbarten Gruben des Krupp-Konzerns restlos eingestellt werden sollen. In einer Dringlichkeitsitzung hat die Gemeindevertretung unter Anwesenheit des Bürgermeisters und einiger Vertreter der Belegschaft der einzustellenden Grube auf Antrag des Gewerkes Reiffenrath einstimmig den Beschluß gefaßt, beim Demobilisationskommissar, Regierungs- präsident König in Arnberg und bei weiteren behördlichen Instanzen auf direktem Wege Einspruch zu erheben, weil der zum 1. Januar beantragten Einstellung, bzw. Abbruch des Betriebes der Grube Freier Grunder Bergwerksverein überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses entgegenstehen. Die dieserhalb verfaßte ausführliche Eingabe fand einstimmige Genehmigung und wurde von der Gemeindevertretung, dem Gemeindevor- steher und dem Bürgermeister unterschrieben und den betreffenden Instanzen zugeleitet.

Da das der Fortführung des Betriebes entgegenste- hende Privatinteresse von dem öffentlichen Interesse überwogen wird, soll entweder, so fordert die Gemeinde, das Preuß. Oberbergamt in Bonn von der ihm gemäß §§ 65 und 156 Allg. Berggesetz v. 1865 zustehenden Befugnis ernstlich im Interesse des öffentlichen Wohles Gebrauch machen, den Bergwerkeigentümer zur Fort- setzung des Betriebes aufzufordern und für den Fall der Nichtbefolgung dieser Aufforderung die Entziehung des Bergwerkeigentums gemäß § 156 WBO. androhen, oder aber der Staat soll sich endlich zu wirksamen Schutz- maßnahmen für den heimischen Bergbau entschließen. Die Gemeinde sieht sich zu dieser Stellungnahme gezwun- gen, weil lebenswichtige Interessen der Bevölkerung auf dem Spiel stehen und der Gemeinde Steuerausfälle und Wohlfahrtsausgaben in einer Höhe entstehen, welche die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde derart erschüttern, daß für eine Zahlung der Beiträge zu den Be- dürfnissen des Amtes, Kreises, der öffentlichen Fürsorge, Schulen, überhaupt des Staates, keine Gewähr mehr übernommen werden kann. Daß hierdurch, das Bedürf- nis der Konsumenten geschädigt und die öffentliche Si- cherheit gefährdet wird, ist der Gemeindevertretung klar und bedarf keiner näheren Begründung. Sie macht die Behörden darauf aufmerksam, daß es allerhöchste Zeit sei, durch gesetzliche Maßnahmen entschieden dagegen Stellung zu nehmen, daß die heimischen großen Eisen- steinvorräte in einer für das öffentliche Wohl sehr nach- teiligen Weise unbenuzt gelassen würden. Im volkswirt- schaftlichen und nationalen Interesse sei es nicht zu ver- antworten, daß deutscherseits den ausländischen Gruben, die unter günstigeren Verhältnissen arbeiten, seit Jahren die Tore für ungeheure Erglieferungen weit geöffnet seien. Es seien ausländische Erglieferungen auf Lager genommen, die ungefähr der fünffachen Jahresförderung der gesamten Siegerländer Gruben entspräche. Dies ginge nicht so weiter und die Siegerländer könnten sich das nicht mehr gefallen lassen. Die Behörden, Volksver- treter im Reichs- und Landtag müßten endlich dafür sor- gen, daß die seit langer Zeit gemachten Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Siegerland und zur Belebung der Eisenerzgrubenförderung zur Wirklichkeit gemacht würden.

Paul Schmidt, Reunkirchen, Kr. Siegen.

## Gerechtigkeit — das Verlangen der Kriegsoffer!

Unser ganzes Dasein als Volk, der Bestand des Reiches und damit die rechtliche, persönliche und wirtschaftliche Sicherheit eines jeden von uns gehen neuerdings darauf zurück, daß Jüngling, Mann und Greis im Weltkrieg Heim und Herd mit ihrem Blute verteidigten.

In solcher Pflichterfüllung ließen 2 Millionen deutscher Männer ihr Leben auf der Walfahrt, Millionen Hinterbliebenen von Gefallenen trauern noch heute um den Verlust ihres Gatten, Vaters oder Sohnes. 4,3 Millionen Kriegsoverwundenen waren zu verzeichnen. 840 000 verstümmelte und kriegsbeschädigte sind noch auf die Hilfe des Reiches angewiesen. Mit zerschlagenen Gliedern und gebrochener Gesundheit haben sie den Lebenskampf zu führen, doppelt belastet und bedrängt bei der heutigen Wirtschaftslage.

Es sollte nicht notwendig sein, daran zu erinnern, daß Deutschland sich besinnt auf seine Ehrenpflicht den Kriegsoffern gegenüber. Und doch besteht leider berechtigter Anlaß zu lebhafter Klage. Das zeigte wieder die Tagung des Landesverbandes Westfalen des Zentralverb. deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen in Langendreer, die von Vertretern aus allen Teilen des Landes besucht war. In erschütternden Lebensbildern kam hierbei die zunehmende Not alternder Kriegsbeschädigter, im Lebenskampfe allein stehender Kriegsewitwen, unmündiger Kriegswaisen, erwerbsunfähiger, hilfloser Kriegereltern zum Ausdruck. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein eingehendes Referat des Hauptvorstandsmitgliedes, Herrn Michel, über den Stand der Versorgung der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Trotz anfänglicher Verbesserung der Versorgung nach Schaffung des Reichsversorgungsgesetzes im Mai 1920 wäre die Reichsversorgung schon vor dem Beginn des Abbaues in vielen Haupt- und Nebenfragen völlig unzulänglich gewesen. Infolgedessen sah sich das Reichshabitat gezwungen, in seiner Regierungserklärung vom 28. Juni 1928 darauf hinzuweisen, daß die Besserung des Loses der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen dem einmütigen Empfinden des deutschen Volkes entspräche. Die Hoffnungen, die die Versorgungsberechtigten an diese Regierungserklärung berechtigterweise knüpfen konnten, seien nicht im Geringsten in Erfüllung gegangen. Schon seit mehr als zwei Jahren sei vielmehr eine starke rückläufige Bewegung in der Versorgung und Fürsorge zu verzeichnen. Schon die erste Notverordnung vom Juli 1930 habe schwere Eingriffe in das bestehende Versorgungsrecht vorgenommen und ein ganzer Haufen von weiteren Sparverordnungen sei dieser Notverordnung gefolgt. Mit Recht habe man daher schon vor Beginn der eigentlichen „Notzeit“ von einer Abbaupolise in der Kriegsofferverversorgung sprechen können. Auch der Reichstag habe unter dem Eindruck dieser Entwicklung im Juli 1930 einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß nach den bis damals beschlossenen Änderungen des Versorgungsrechtes ein weiterer Abbau in der Reichsversorgung nicht mehr in Frage komme. Und trotz dieser einmütigen Willenskundgebung des Reichs-

tages wurde der Versorgungsabbau in schneller, ununterbrochener Folge fortgesetzt. Innerhalb Jahresfrist seien nicht weniger als 26 neue Sparverordnungen erlassen worden mit einem Sparerfolge von rund 100 Millionen M. Die einschneidendste Wirkung habe dann noch die zweite Notverordnung des Reichspräsidenten vom 6. Juni 1931 gehabt. Es seien hierin Bestimmungen enthalten, die trotz aller Not der Zeit unmöglich aufrecht erhalten bleiben könnten. Mit Bedauern müsse man feststellen, daß auch die dritte Notverordnung vom 6. Oktober 1931 nur geringe Milderungen der unerträglichen Bestimmungen der zweiten Notverordnung vorsehe, die nur einem eng begrenzten Kreise von Versorgungsberechtigten zugute käme. Daher sei es die Aufgabe dieser Tagung, lauten und weithin vernehmlichen Protest gegen jede weitere Verschlechterung in der Rentenversorgung zu erheben und die Beseitigung der in den zahlreichen Sparverordnungen verfügten außerordentlichen Härten für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu fordern.

Ein harter Winter steht vor der Tür. Aber vieles würde erträglicher im Bewußtsein, daß die Not gemeinsam getragen werde. Dafür schnellstens zu sorgen, sei die höchste Aufgabe aller hierzu berufenen Instanzen. Gerechtigkeit gegen alle, das sei der zehntausendfache Ruf, der aus dem Kreise der Versorgungsberechtigten gehört werde. Gerechtigkeit, das sei der Inbegriff des Verlangens der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.

Die von fittlichem Ernst und warmer Anteilnahme am schweren Geschick der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen getragenen Ausführungen des Redners fanden in der gut besuchten Tagung den lebhaftesten Beifall. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 15. November 1931 in Langendreer abgehaltene Führerkonferenz des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebenen hat zu der gegenwärtigen Lage der Deutschen Kriegsoffer eingehend Stellung genommen.

Die deutschen Kriegsoffer vermögen es nicht zu fassen, daß das unermeßliche Maß von Blut und Tränen, die unausgesetzten materiellen Sorgen um seelische Nöte der Hinterbliebenen, das Siechtum und die Bekrüppelung der Kriegsbeschädigten ihnen nicht den ungeschmälerkten und ungehörten Anspruch auf ihre bescheidenen Rentenbeiträge sichern.

Immer wieder, und in verstärktem Maße in den beiden letzten Jahren wurden sie ungeachtet ihres fortgesetzten Opferdienstes am Volke, zu neuen Entbehrungen gezwungen. Für sie ist der Leistungsabbau in der Reichsversorgung so verhängnisvoll, daß die an sich schon durch Opfer und Entfagung gekennzeichnete Lebenshaltung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen auf einen unerträglichen Tiefstand herabgedrückt wird.

Die Führerkonferenz fordert daher nachdrücklich, sowohl von der Reichsregierung, wie auch von der politisch verantwortlichen Vertretung des deutschen Volkes, für die Aufhebung der unerhöht scharfen Bestimmungen der Notverordnungen schnellstens Sorge zu tragen.

Bei allem Verständnis für die Not des Reiches kann von uns nicht gebilligt werden, daß die Sparmaßnahmen der Regierung in erster Linie gegenüber den Kriegsoffern durchgeführt werden sollen. Der finanziellen Not-

lage des Reiches kann unseres Erachtens auf anderem Wege gesteuert werden, als durch Verletzung der rechtlichen und moralischen Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, zumal deren Renten schon bisher nicht den tatsächlichen Lebensbedürfnissen angepaßt waren.

Die Tagung hält einmütig durchgreifende Erleichterungen der unerträglichen Sparmaßnahmen in der Reichsversorgung für unumgänglich. Mit aller Entschiedenheit fordert sie die sofortige und endgültige Einstellung jedes weiteren Abbaues. Weiter wird gefordert, die im Versorgungshaushalt durch Ausscheiden Versorgungsberechtigter eingesparten Mittel ungekürzt zu verwenden.

Die Versammlung bittet die Verbandsleitung auch fernerhin wie bisher alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verbesserung der Lage der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen geeignet und notwendig sind.

Die Versammlung spricht dem Hauptvorstand für die bisher zum Wohle der Kriegsoffer geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus. Sie stellt sich einmütig und geschlossen hinter die berechtigten und begründeten Forderungen des Zentralverbandes und bringt seinen Führern unbedingtes Vertrauen entgegen.“

## Stegerwald über die Siedlung.

Siedlungsweisen und Arbeitslosigkeit.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach im Rundfunk über die Bedeutung und die Aufgaben der landwirtschaftlichen Siedlung. Der Minister führte u. a. aus: Brachliegende Menschenkräfte in neuzubildenden Bauernsiedlungen wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern, scheint weiten Kreisen heute ein wesentliches Mittel zu sein zur Behebung der Not unseres Volkes. Seit Kriegsende erblickt auch die Reichsregierung hierin eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Für die brennendste Not unseres Volkes, die ungeheure Arbeitslosigkeit, bringt die landwirtschaftliche Siedlung eine fühlbare Entlastung. Man kann zwar nicht mit einem Schlage die Städte von dem arbeitslosen Bevölkerungsüberfluß befreien, immerhin schiebt aber die Siedlung der Abwanderung vom Lande einen fräftigen Riegel vor und erhält die Landbevölkerung der Scholle.

Die neuen Ansiedlungen bedeuten ein Aufblühen von Handel und Wandel in der ganzen Umgegend. Besondere Bedeutung fällt der landwirtschaftlichen Siedlung auf dem Gebiete der Agrarpolitik zu. Wir erleben gegenwärtig eine Strukturwandlung des östlichen Agrargebietes. Zahlreiche Großbetriebe seien lebensunfähig geworden, sie mühten durch krisenfestere Bauernwirtschaften ersetzt werden.

Das Reich hat seit Jahren mit großen Summen die wirtschaftliche Siedlung gefördert. Auch in diesem Jahre wird es trotz der schwierigen Finanzlage fast allein die Finanzierung übernehmen. Die neuen Wege der Siedlung sind vorgezeichnet in gemeinsamen Richtlinien des Reichs und der Länder für die landwirtschaftliche Siedlung, die soeben erschienen sind.

Das wesentlichste ist, daß dem Bewerber nicht mehr eine in jeder Beziehung vollkommene Bauernstelle übergeben wird, sondern ihm nur das zur Verfügung gestellt wird, was die Wirtschaftlichkeit einer Stelle in den ersten Jahren fordert (Ausbaustellung). Aus eigener Kraft wird sich der Siedler emporarbeiten müssen. Dabei sind mehr als früher die Siedler mit aller Sorgfalt auszuwählen.

## Vier Monate unter dem Viktorenbündel \*).

Dieser Bericht handelt von den Erfahrungen, die ich während eines Krankheitsurlaubes gemacht habe, den ich von Ende März bis Ende Juli 1931 in Sizilien, der Gegend von Neapel und Oberitalien zugebracht habe. Der Umstand, daß ich das vorkriegsitalienische Italien von den Alpen bis Sizilien in den Jahren 1911 und 1913, das faschistische im Krisenjahr 1924 bis Neapel und dann wieder 1929 in der Romagna kennen lernte, gab mir Vergleichsmöglichkeiten an die Hand, die zu einem zurückhaltenden Urteil einiges Recht geben dürften. Persönliche Verbindungen mit Deutschen und Schweizern, die schon Jahrzehnte im Lande leben, haben mir manche Einblicke geschenkt, die dem raschen Reisenden nicht immer möglich sind. Dazu kommt der Umgang mit Eingeborenen, der in einigen Fällen zur Freundschaft geführt hat.

Man darf das gegenwärtige Italien, will man den Einfluß des Faschismus beurteilen, nicht an irgendeinem anderen Lande messen, sondern muß es mit dem Italien vergleichen, das vor Mussolinis Herrschaft war. Wenn in der Hauptreisezeit selbst Fahrgäste erster Klasse im Gang des D-Zuges Rom—Palermo dicht gedrängt kauern mußten, wie ehemals arme Auswanderer im Zwischendeck, so will das einen deutschen, englischen oder gar amerikanischen Besucher schier entsetzen. Wen aber früher schon dieser Platzmangel quälte, wer dazu noch himelsschreiende Verpfaltungen und Beamte ohne Pflichtgefühl mit in den Kauf nehmen mußte, der kann heute einen wesentlichen Fortschritt feststellen. Von der neuen Ordnung profitiert der Fremde. Nicht immer werden ihm die faschistischen Organe willkommen sein: die Prüfung des Gepäcks und der Papiere und manche Anordnung der Bahnmittel kann in sehr schroffen Formen geschehen. Allzu dienstbeflissene, widerlich wichtiguerische Faschisten habe ich etliche getroffen, jedoch bin ich auf keinen gestoßen, der im Dienst unzuverlässig gewesen wäre. Die Faschisten haben dem Lande einen scharfen, strengen Zug eingegeben, der zunächst ganz unitalienisch, fast möchte ich sagen preußisch, anmutet. Nicht immer geht es ohne heroisch-theatralische Geste ab, und nicht in jedem Falle ist der flüchtige Gesichtsausdruck, mit dem die Schwarz-

hemden in Straßen, Amtsstuben und Eisenbahnen auftreten, ganz echt. Doch sind selbst diese Jünglinge und Männer, die sich zu kleinen Cafaren aufplustern, um einiges erfreulicher, als die unsicheren Beamten von ehemals, deren Schlamperei in viel anbieternde Lebenswürdigkeit eingewickelt war.

Jedem Italienreisenden, der das Land von früher her kannte, muß die große Reinlichkeit der Städte, die verhältnismäßige Pünktlichkeit im Verkehrswesen und eine gewisse Stramtheit in allen öffentlichen Anordnungen des italienischen Lebens auffallen. Schon der oberflächliche Blick erfährt eine wesentliche Veränderung, wie viel mehr wird der feststellen können, der länger und prüfender verweilen kann. Die Trockenlegung und Fruchtbarmachung malarieverseuchter Sumpfgelände, die mit väher Energie betriebene Aufforstung namentlich der Berggebiete, für die eine eigene Forstmiliz gegründet ist, und dann die erhöhte Sicherheit in solchen Gegenden, deren Durchwanderung früher mit Gefahr für Leben und Gut verknüpft war, das alles ist einfach ein Ergebnis der faschistischen Herrschaft. Am Rande von Palermo ist ein riesenhaftes Gefängnis, vom Volksmund Villa Mori genannt. Diese Strafanstalt ist überfüllt mit Angehörigen der Mafia, die im Auftrag der Regierung vom Prästen Mori aus ihren Bergdörfern geholt wurden und noch immer ihrer Verurteilung harren. Ich weiß von einem entlassenen Gefangenen, daß Maffiageliebte seit über 2 Jahren auf den Richterspruch warten. An den Besuchstagen harnte stets eine Schar von Frauen und Männern auf die Öffnung der Pforte, Händler mit Früchten und Süßigkeiten hatten sich vor dem Eingang niedergelassen und machten keine schlechten Geschäfte. Carabinieri stolzierten hin und her, und oben auf dem düsteren Mauerkranz, der mit Schilberhäuschen bespitzt war, patrouillierten federhutgeschmückte Veraglieri und Infanteristen mit ausgeplanztem Bajonett. Niemand weiß zu sagen, was mit den Maffiagenossen geschehen soll, die da drin verrotten. Nur das eine ist klar: Mussolini will nicht, daß außer der hellen, scharfen Staatsgewalt, die alle Lebensgebiete durchdrängen soll, noch irgendeine andere politische Macht bestehe. Freimaurertum, Camorra und Mafia, so verschieden sie unter sich sein mögen, dürfen nimmer leben, Recht hat nur der zur Eingliederung in den faschistischen Staat bereit politische und soziale Wille. Sozialistische, kommunistische, anarchistische, ja, selbst katholische Organisationen, die Staat und Wirtschaft beeinflussen wollen, haben in Mussolinis Staat kei-

nen Lebensraum. Es gibt keine Freiheit der Presse, der Rede, der Rundgebungen.

Es ist gut, mit Italienern nicht zu viel über den Faschismus zu reden, wie es überhaupt gut ist, sich in seinen Äußerungen über politische Angelegenheiten größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Wer den politischen Reformator für Italien spielen will, wird sich die Finger alles verbrennen. Die Menschen im Lande sind entweder allzu scharfzichtig oder sie gebärden sich, als seien sie mit Taubheit geschlagen. Die Korallenfischer im Golfe von Neapel, die Thunfischer an der sizilianischen Küste, die Bauern in den Gebirgsdörfern, sie alle sagen, wenn man sie über den Faschismus fragen will, nicht ja und nicht nein. Anders freilich ist es, wenn die Rede um Italien selbst geht. Hier habe ich durchweg einen Stolz auf das Land und die Berufung zum Italiener gefunden. Selbst solche, deren Zurückhaltung dem neuen System gegenüber von innerer Abneigung diktiert war, zehrten von dem großen Ansehen, in das ihr Land durch die neue Ordnung und die Persönlichkeit des Führers gestellt war. Ja, wenn ich ausgesprochene Gegner des Duce fragte, ob sie nun eigentlich für die Abschaffung des Regimes seien, antworteten sie mir, daß ihnen das nicht im mindesten einfallte, denn wenn heute der Faschismus beseitigt würde, dann käme nicht etwa der parlamentarisch konstitutionelle Staat, sondern die unkontrollierbare Wirnis, das entsehlische Durcheinander, das vor dem Siege der Schwarzhemden gewesen sei. Alles sei damals in Auflösung begriffen gewesen, ein wilder Streik habe den anderen abgelöst, die Ordnungsorgane haben versagt, es sei völlige Anarchie im Lande gewesen. Freilich nicht so sei es gegangen, als habe Mussolini mit seinen Faschisten den Kommunismus und Sozialismus als vollkräftige Gebilde angesprochen und überwältigt, vielmehr seien diese ebenfalls in den Auflösungsprozess hineingerissen gewesen, in ihrer Seele tödlich getroffen und in ihren Formen kläglich verwirrt. Und dann erst, im Ringen sich über das Ziel klarer werdend, erste Forderungen ruhig fallen lassend, um neue aufzustellen, habe Mussolini das politische Feld Italiens zu erobern angefangen. Die Methoden seiner Anhänger seien oft gemein gewesen und auf die Erregung von Schrecken und Angst eingestellt; was Gewalt in innerpolitischen Angelegenheiten bedeute, das habe damals Italien kennen lernen müssen. Immerhin, seither könne man wieder seiner Arbeit nachgehen, sich auf die staatlichen Organe verlassen und Friede liege über dem Lande.

(Fortsetzung folgt.)

\*) Diese interessanten Mitteilungen entnehmen wir mit gültiger Erlaubnis der Schriftleitung dem „Monatsblatt der Sozialen Arbeitsgemeinschaft evangelischer Männer und Frauen Thüringens“, das herausgegeben wird von Sozialpastor L. Rodenberg, Eisenach, und auf das wir seines geübten Inhalts wegen bei dieser Gelegenheit gern einmal mit warmer Empfehlung hinweisen.

## Flandins „Jagdausflug“.

— Berlin, 1. Dezember.

In politischen Kreisen interessiert man sich in zunehmendem Maße für einen Ausflug des französischen Finanzministers Flandin nach London. Minister Flandin hat das Wochenende in England verbracht, angeblich, um bei seinen britischen Freunden Götzen zu schmeißen. Gleichgültig, ob nun Flandin in England gewandert hat oder nicht, auf jeden Fall hat sich der französische Finanzminister anlässlich des Essens, das ihm zu Ehren der englische Außenminister Sir John Simon gab, nicht nur Jagdgeschichten erzählt, zumal sich auch der französische Handelsminister Kollin mit Reiseplänen tragen soll.

Außerhalb der amtlichen Kreise ist man sich denn auch darüber einig, daß anlässlich der Anwesenheit Flandins in London drei hochbedeutende Punkte zur Diskussion standen: die Frage der englischen Zolltarife, die Frage der Kriegsschulden, der Reparationen und der in Deutschland befindlichen kurzfristigen Kredite und schließlich die Möglichkeit einer Stabilisierung der englischen Währung.

Sowohl die Frage der englischen Zollmaßnahmen den Gegenstand der Aussprache bildete, wird Flandin nur Wünsche vorgetragen haben können, die auch von Deutschland geteilt werden und die noch vor Flandin der deutsche Botschafter Herr von Neurath der englischen Regierung unterbreitet hat. Glaubt England, seinen Markt der fremden Industrie sperren zu müssen, dann kann es damit für die davon betroffenen Länder nicht sein Bewenden haben, sondern es ist die Sache der Regierungen dieser Länder, Abhilfe zu schaffen. Wer im Weltmarkt nichts kaufen will, von dem kann auch nichts gekauft werden, es sei denn, man träge eine Übereinstimmung über Ausgleichsmaßnahmen.

Frankreich erstrebt nun einen solchen Ausgleich offenbar in der Richtung, daß, wenn schon die neuen Zollzuschläge bestehen bleiben, wenigstens der Einfuhr französischer Weine und Parfümerien keine Schwierigkeiten bereitet werden. Was Deutschland in dieser Frage fordert, werden die neuen Verhandlungen zeigen, die in Kürze zwischen Deutschland und England aufgenommen werden müssen.

Welt mehr als die französische Auffassung über die englische Zollpolitik interessieren Deutschland aber die Darlegungen, die Minister Flandin in der Reparationsfrage gemacht hat. Zuverlässiges ist darüber nicht bekanntgeworden. Nach dem Echo aber, das die Aussprache Flandins mit dem englischen Außenminister Sir Simon, dem Schatzkanzler Chamberlain und dem Handelsminister Runciman gefunden hat, scheint Flandin die schroffe Erklärung Cavals in der Kammer etwas abgeschwächt zu haben. Danach soll die französische Regierung sich zwar entschieden gegen die Anerkennung eines Vorranges der Handelskassen vor den Reparationen sträuben, andererseits aber auch die ausdrückliche Bevorzugung der Reparationen nicht mehr fordern. In England ist man darüber bereits so erfreut, daß man die Umrisse eines Kompromisses erkennen will, das darin bestehen soll, daß die Reparationen und die Wirtschaftsschulden auf gleichem Fuße behandelt werden.

Nun, auch eine solche Behandlung beider Fragen auf gleichem Fuße bringt die Welt nicht vorwärts, weil eben Deutschland immer nur eines von beiden zahlen kann, entweder Tribute oder Wirtschaftsschulden. Ist das aber nicht bereits klargestellt, ehe die Reparationskonferenz der Regierungen eröffnet wird, dann wäre nicht zu sehen, wie diese Konferenz überhaupt zu einer Regelung gelangen sollte. Das deutsche Volk hat die Reparationsexperimente gründlich satt! Wir sind uns aller Konsequenzen, die ein Nein haben kann, klar bewußt, aber wir wissen auch, daß die Folgen, die sich ergeben können, wenn abermals Verpflichtungen in einer Höhe übernommen werden, daß darüber der Schlaf verloren geht, immer noch katastrophaler sind. Die Protestbewegung im deutschen Volke sollte endlich der Welt die Augen geöffnet und Frankreich mit seiner Tributforderung konfrontiert haben. Bricht Deutschland zusammen, dann läuten für alle europäischen Staaten die Totenglocken.

Angeht dieser Lage stellt die Politik, die der französische Ministerpräsident in seiner Kammerrede entwickelt hat, selbst dann ein Spiel mit dem Feuer dar, wenn bei dieser Haltung tatsächliche Ueberlegungen den Ausschlag gegeben haben sollten. Denn für derartige Finessen ist, wie übrigens auch ein englisches Blatt anerkennt, die Zeit zu ernst, und vor allem ist es dafür auch zu spät. Es wäre daher gut, wenn wenigstens der französische Finanzminister auf seinem „Jagdausflug“ in England auf die richtige Spur und damit vom Wege abgekommen wäre, den die französische Politik bisher zum Unheil der Welt verfolgt hat.

Was nun die letzte Frage angeht, die Stabilisierung des Pfundes, so hört man von der angeblichen Bereitschaft Frankreichs, diese Stabilisierung durch eine entsprechende Anleihepolitik zu unterstützen. Oder sollte diese Bereitschaft etwa nur ein Köder sein, um England zu einer Frankreich günstigeren Haltung in der Reparationsfrage zu veranlassen?

## Abrechnung mit Frankreich.

Englische Stimmen für einen fünfjährigen Zahlungsaufschub.

Die englische Presse äußert sich eingehend über die reparationspolitische Lage und befürwortet dabei eine Verlängerung des Hoover-Zahlungsaufschubs auf fünf Jahre. Eine außerordentlich scharfe Abrechnung mit Frankreich findet man in dem Blatt „The People“.

Das Blatt schreibt: „Wir wollen Caval erinnern, daß Frankreich uns die Eisenbahnen berechnete, die unsere Truppen zur Rettung Frankreichs nach der Front beförderten. Wir wollen ihm auch sagen, daß Frankreich Miete für die Schützengräben gefordert hat, in denen unsere Soldaten gestorben und verstorben wurden. Wir haben kein Geschäft mit dem Kriegsrumpf gemacht. Wir haben Millionen von Pfund für Frankreich ausgegeben und haben die französischen Schulden an uns um Hunderte von Millionen herabgesetzt. Wir zahlen Millionen an Amerika und was bekommen wir dafür? Freie Gräber für unsere Kriegsgesetzten in Frankreich!“

## Keine Koalitionsbesprechungen.

Scharfes Dementi der NSDAP.

In einer Presseerklärung, die sich gegen die Meldungen von Verhandlungen der NSDAP mit dem Zentrum wendet, schreibt die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP u. a.: „Trotz der bereits wiederholt von der nationalsozialistischen Parteileitung getroffenen Feststellung, daß alle Gerüchte und Meldungen von Anfang bis zum

Ende unwahr seien, die behaupten, daß der Führer der NSDAP, direkt oder indirekt mit dem Zentrum zwecks Eintritt in die Reichsregierung in Verhandlungen stünde, kolportiere ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse, besonders auch deutschnationaler Herkunft, diese Gerüchte und unterstelle sie als nicht unwahrscheinlich.“

Die nationalsozialistische Parteileitung hat keine Veranlassung — so heißt es dann weiter — die bereits eindeutig festgestellte der Unwahrheit dieser Meldungen und Gerüchte zu wiederholen, weist aber um so entschiedener den Versuch einer Agitation mit derartigen Intrigen, die ebenso wenig geeignet sind, die „Harzburger Front“ zu befestigen, wie das derzeitige System zu erschüttern auf das schärfste zurück.“

## Reichsgericht gegen Uniformverbot.

— Leipzig, 1. Dezember.

Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen vier Nationalsozialisten, die in Moers wegen Verstoßes gegen eine Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten über das Verbot des Tragens von Parteiformen zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren. In der Verhandlung äußerte die Reichsanwaltschaft Bedenken gegen die erwähnte Verordnung, die den Rahmen der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 übersteigt. Daneben, so betonte die Reichsanwaltschaft, habe die Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten Begriff und Umfang des Uniformverbots nicht klar genug gekennzeichnet.

Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich teilweise dieser Auffassung an und erkannte auf Freispruch. Der Senat betonte dabei, die Verordnung des rheinischen Oberpräsidenten werde durch die erwähnte Verordnung des Reichspräsidenten in keiner Weise gedeckt.

## Dauerfixierung des Kabinetts.

Botschafter von Neurath kommt nach Berlin.

— Berlin, 1. Dezember.

Nachdem die beteiligten Ministerien sich eingehend mit den Vorarbeiten für die neue Notverordnung beschäftigt haben, hat nunmehr das Reichskabinett seine Beratungen über die Notverordnungen wieder aufgenommen. Wahrscheinlich wird das Kabinett jetzt Dauerfixierungen abhalten, um das sogenannte Winterprogramm noch bis Ende der Woche fertigzustellen. Bis zum Beginn der Reparationsbesprechungen am nächsten Montag sollen jedenfalls die neuen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen heraus sein.

Am Mittwoch wird auch der deutsche Botschafter in London, Dr. von Neurath, in Berlin erwartet. Der Zweck dieser Reise dürfte eine allgemeine Aussprache mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sein. Die Reichsregierung hegt den Wunsch, sich vor Beginn der Basler Verhandlungen durch den Botschafter genau über die Stellung der englischen Regierung und wohl auch der City unterrichten zu lassen. Hierzu kommt die Notwendigkeit, das deutsche Vorgehen gegenüber den englischen Forderungen festzulegen und die am letzten Freitag beim Foreign Office eingeleiteten Verhandlungen in gründlicher Aussprache mit den interessierten wirtschaftlichen Instanzen vorzubereiten.

## Rettung aus eigener Kraft.

Dr. Wöglers über die Ueberwindung der Krise.

— Düsseldorf, 1. Dezember.

Im Rahmen einer Tagung der Eisenhüttenleute sprach Generaldirektor Dr. Wöglers über die deutsche Gesamtlage. Redner führte aus, die Erkenntnis, daß Einnahmen und Ausgaben im Einklang stehen müssen, gelte wie für den einzelnen so auch für die Wirtschaft und den Staat. Es würde uns allen viel Not und Elend erspart geblieben sein, wenn wir die einfachen Faktoren der Produktion voll erkannt und richtig gehandhabt hätten.

Wir würden dann wahrscheinlich auch nicht Tributverpflichtungen anerkannt haben, von denen heute jeder weiß, daß sie keine Volkswirtschaft, und wäre sie die blühendste, tragen könne. Hier Wandel zu schaffen sei die schwierigste und auch die notwendigste Aufgabe, die uns bevorstehe.

Zu dieser Erkenntnis müßte die zweite treten, daß es für jeden einzelnen nicht gleichgültig sei, ob eine Wirtschaft zu 100 Prozent oder nur zur Hälfte beschäftigt sei. Es habe an Mahnern und Warnern nicht gefehlt; sie seien nicht gehört worden. Nicht ein Wunder von außen könne uns Rettung bringen, sondern nur die eigene Kraft.

## Politischer Zusammenstoß.

20 Personen verletzt.

Auf der Staatsstraße Aue-Schneeberg kam es zwischen ungefähr 250 Reichsbannerleuten aus Zwickau, die sich mit mehreren Lastwagen auf der Fahrt zu einer antisowjetischen Kundgebung in Aue befanden, und etwa hundert Nationalsozialisten, die auf einem Propagandamarsch von Aue nach Oberschlerna begriffen waren, zu einer Schlägerei. 20 Personen wurden verletzt, darunter drei Nationalsozialisten schwer. Der Führer der Reichsbannerabteilung, Regierungsamtmann Krippner-Zwickau, wurde zwecks Vernehmung festgenommen. Nach Zeugnisaussagen soll Krippner Befehl zum Angriff gegeben haben.

## Rotfront-Sitzung ausgehoben.

43 Funktionäre verhaftet.

Unter dem Namen einer Bauarbeitertagung wurde in Freiburg (Schleien) eine Geheim Sitzung der mittelschleischen Funktionäre des Rotfrontkämpfer-Bundes abgehalten, zu der aus allen Teilen Mittelschlesiens Vertreter erschienen waren. Auch Vertreter der Zentrale der RFD. in Berlin nahmen an der Konferenz teil.

Die Landestribunalpolizei in Breslau hatte von dieser Sitzung Kenntnis bekommen und veranlaßte die Aushebung der Sitzung durch ein Ueberfallkommando. 43 Funktionäre des Rotfrontkämpfer-Bundes wurden durch das Ueberfallkommando verhaftet und teils dem Gerichtsgefängnis in Waldenburg zugeführt, teils im Schweidnitzer Gerichtsgefängnis untergebracht.



Was die Bürste für die Zähne — das ist Wöglers für den Hals!

## Neues Hochschul-Disziplinarrecht.

Entwurf des preussischen Staatsministeriums. — Weiterleitung an den Staatsrat.

Das preussische Staatsministerium hat ein vom Kultusminister Grimme vorgelegtes neues Disziplinarrecht für die Hochschulen verabschiedet und den Entwurf dem Staatsrat zugeleitet. In einer amtlichen Mitteilung darüber heißt es: „Das neue Gesetz schließt sich weitgehend an das bisher geltende Gesetz vom 29. Mai 1879 an. Das neue Gesetz soll nicht nur für die Universitäten, sondern auch für die übrigen wissenschaftlichen Hochschulen gelten. Den üblichen Disziplinarvorschriften entsprechend, kann der Minister sowohl die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen einen Studenten veranlassen, als auch seinerseits Berufung einlegen. Für den Berufungsfall sieht der Entwurf eine Berufungskammer vor.“

Das Strafsystem ist vereinfacht worden: Körperstrafe, Geldstrafe sowie die Androhung der Entfernung von der Universität soll es nach dem Gesetzentwurf künftig nicht mehr geben.

Bei der Formulierung des Gesetzentwurfs ist mit den Rektoren sämtlicher preussischen Hochschulen sowie mit dem Vorliegenden des Hochschulverbandes in engem Zusammenhang worden; der Entwurf wurde von den genannten Stellen gutgeheißen.“

## Neumünster-Prozess eröffnet.

20 Kommunisten auf der Anklagebank.

In Neumünster begann ein großer Landfriedensbruch-Prozess gegen 20 Kommunisten. Die Kommunisten sind angeklagt, an dem blutigen Ueberfall am Abend des 11. November teilgenommen zu haben, bei dem der Nationalsozialist Martens erschossen und zwei Angehörige der NSDAP schwer verletzt wurden. Das Verfahren gegen den Hauptangeklagten, den Kommunistenführer Weiß, der Martens erschossen haben soll, wurde abgetrennt, weil dafür das Kieler Schwurgericht zuständig ist. Der Prozess wird voraussichtlich noch am heutigen Dienstag zum Abschluß gebracht werden.

## Hungermärsche auch in Amerika.

Die erste Demonstration durch Verwendung von Tränengasbomben vereitelt.

Nach einer Meldung aus Washington hat die Polizei Pläne aufgedeckt, die sich mit einer einheitlichen Aktion von Hungermärschen aus den verschiedenen Hauptstädten der Nordstaaten nach der Bundeshauptstadt befassen. Hinter den geplanten Kundgebungen stehen Kommunisten stehen, und man behauptet, daß rote Organisatoren Instruktionen ausgegeben haben, die die Teilnehmer an solchen Hungermärschen bis ins einzelne für einen Angriff vorbereiteten.

Als eine Abordnung von Teilnehmern an einem Hungermarsch die Stadt Hammond (Indiana) betrat, kam es zu Zusammenstößen, denen die Polizei unter Anwendung von Tränengasbomben ein Ende machte.

## Der vereitelte Putsch.

— Budapest, 1. Dezember.

Zu den im Zusammenhang mit Putschgerüchten stehenden Verhaftungen in Budapest werden jetzt von der ungarischen Regierung nähere Mitteilungen gemacht.

Danach waren die Ziele der Bewegung teils auf die Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung, teils auf gemeine Verbrechen gerichtet.

In den Kasernen der Honvéd und der Polizei hätten sich die Beteiligten mit Hilfe gefälschter Befehle Eingang verschaffen sollen, um sodann eine Diktatur, und zwar irgendeine sowjetartige Staatseinrichtung, ins Leben zu rufen. Die Regierung begann am 27. November mit der Verhaftung der Rädelsführer und ihres Anhangs. Aus den bisherigen Verhören läßt sich feststellen, daß

hinter den Putschisten keine Massen standen und daß sie keiner im Parlament vertretenen politischen Partei angehören. Unter den Verhafteten befinden sich sowohl Personen, die im Jahre 1920 zu den Rechtsradikalen zählten, als auch solche, die heute als Linksradikale angesehen werden können.

Aus den Verhören läßt sich auch feststellen, daß hinter dem aus sechs Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß eine Gruppe von etwa 150 bis 200 Leuten stand, die jedoch die Pläne der Führer nicht im einzelnen kannten. Dagegen scheint der Vollzugsausschuß zum äußeren entschlossen gewesen zu sein, da nach einzelnen Aussagen nicht nur geplündert werden sollte, sondern man entschlossen war, führende Politiker sowohl von der Rechten wie von der Linken festzunehmen oder zu ermorden.

Das offizielle Communiqué endet mit der Feststellung, daß außer dem Verpflegungsoffizier Bonnay keinerlei Militärpersonen in die Affäre verwickelt sind.

## Refordtiefstand des Pfundes.

— Berlin, 30. November. Das englische Pfund hat heute seit der Aufhebung der Goldwährung einen Refordtiefstand erreicht. Bereits in den letzten Tagen lag das Pfund recht schwach, und man behauptete in englischen Finanzkreisen, daß nur französische Abgaben der Grund für diese Schwäche wären. Auch heute fanden an den kontinentalen Börsen wiederum französische Pfundverkäufe statt, so daß sich das Pfund bis auf 3,38% gegen den Dollar abschwächte. Sämtlichen bisherigen Devisen gegenüber hat das Pfund heute neue Tiefstursen erreicht, den stärksten Gewinn hat aber der französische Franken zu verzeichnen gehabt.

## Erste Ausfahrt der „Leipzig“.

— Kiel, 1. Dezember.

Der neueste Kreuzer der Reichsmarine, die „Leipzig“, die am 8. Oktober in Wilhelmshaven in Dienst gestellt wurde, traf auf der ersten Ausreise, die das Schiff um das Kap Etagen führte, in Kiel ein, wo es in der Außenförde vor Anker ging. Nach einer Besichtigung durch den Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Konteradmiral Albrecht, trat der Kreuzer die Rückreise nach Wilhelmshaven an. Wie es heißt, sollen die noch längere Zeit andauernden Erprobungsfahrten mit einer Atlantik-Reise ihren Abschluß finden.

